

Franz, Peter

Article

Hochschulpolitik vor wichtiger Entscheidung: Wachstumschancen der ostdeutschen Hochschulstädte dürfen nicht verbaut werden! - ein Kommentar

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Franz, Peter (2006) : Hochschulpolitik vor wichtiger Entscheidung: Wachstumschancen der ostdeutschen Hochschulstädte dürfen nicht verbaut werden! - ein Kommentar, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 11, pp. 316-316

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143504>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kommentar:

Hochschulpolitik vor wichtiger Entscheidung: Wachstumschancen der ostdeutschen Hochschulstädte dürfen nicht verbaut werden!

Städte, die in ihrer Stadtentwicklungspolitik auf den Faktor Wissen setzen, haben gute Argumente: Mit dem flächendeckenden Rückgang der Geburtenzahlen verbleibt für Städte der Einwohnerzuwachs durch Wanderungen als einzige demographische Wachstumschance. Gerade in ostdeutschen Städten kommt so – mangels wirtschaftlicher Dynamik des privaten Sektors – den Ausbildungseinrichtungen und insbesondere den Hochschulen die Rolle eines wichtigen Anziehungsfaktors zu. Und Hochschulstädte ziehen in der Regel Gruppen junger Menschen an. Während 1990 z. B. in Sachsen-Anhalt 10 000 Studenten eingeschrieben waren, ist mit dem erfolgten Hochschulausbau die Studentenzahl inzwischen auf über 50 000 gestiegen. Neben dem Einwohnerwachstum, das auch für die Finanzzuweisungen vom Land wichtig ist, steigen mit dem Ausbau von Hochschulen und Forschungsinstituten auch die Chancen für Kooperationen zwischen Wissenschaft und Unternehmen. Die Beschäftigung hochqualifizierter Absolventen und Ausgründungen stärken die lokalen Wachstumskräfte.

Der Ausbau der Hochschulen in Sachsen-Anhalt wurde bisher vom Land mit vorangetrieben. Doch für die Zukunft orientiert sich die Finanzplanung primär an der Entwicklung der von Jahr zu Jahr schrumpfenden Schulabgängerzahlen und fordert von den Hochschulen in den kommenden Jahren einen Abbau der Studienplätze. So soll z. B. die Martin-Luther-Universität in Halle an der Saale die Zahl ihrer Studierenden von etwa 19 000 (2005) auf rund 13 700 Studierende im Jahr 2010 abbauen. Dieser „vorausseilende Gehorsam“ gegenüber demographischen Entwicklungen und die Übertragung des Stadtumbau-Schrumpfungs-Denkens auf den Hochschulbereich vernachlässigt aber, daß Hochschulen gerade für Universitätsstädte einen zentralen – und in manchen Fällen den einzig Erfolg versprechenden – Faktor im interkommunalen Standortwettbewerb darstellen. Die relativ gut ausgestatteten ostdeutschen Universitäten hätten gute Chancen, flankiert von revitalisierten Innenstädten mit erneuerter historischer Bausubstanz, in den kommenden Jahren zahlreiche Studenten aus den alten Ländern anzuziehen.

Dies gilt umso mehr, als dort mit einem Andrang von 90 000 zusätzlichen Studienanfängern in den nächsten drei Jahren gerechnet wird. Diese Herausforderung soll mit Hilfe eines „Hochschulpakts 2020“ gemeistert werden, in dessen Rahmen Bund und Länder mehr als eine Milliarde Euro für den Ausbau der Studienkapazitäten an den Hochschulen bundesweit zur Verfügung stellen wollen. Angesichts der zu erwartenden zusätzlichen Nachfrage nach Studienplätzen hat die Bundesforschungsministerin an die neuen Länder appelliert, keine Studienplätze abzubauen.

Die bisher geführte Diskussion zum „Hochschulpakt 2020“ läßt befürchten, daß die Länder genau vorschreiben werden, in welchen Fächern neue Studienplätze entstehen sollen. Hätten die Hochschulen größere Autonomie bei der Verwendung der verfügbaren Mittel, könnten sie selbst vor Ort auf die Entwicklung der Nachfrage reagieren. Autonomiefördernd wäre es auch, den Hochschulen mehr Rechte für die Erhebung von Studiengebühren einzuräumen. Eine stärker deregulierte Universität wird ein größeres Interesse dafür entwickeln, jene Fachbereiche beschleunigt auszubauen, die auf Nachfrage von außen stoßen und profilbildend wirken. Darüber hinaus ist zu erwarten daß eine mit größerer Autonomie ausgestattete Universität sich stärker dafür interessieren wird, wie sich die Stadt, an der sie ihren Standort hat, entwickelt und sich aktiver als bisher an Stadtentwicklungsfragen beteiligen.

Peter Franz
(*Peter.Franz@iwh-halle.de*)

Literatur:

FRANZ, P.: Wissensbasierte Ökonomie und Stadtentwicklung in Deutschland, in: R. Sonnabend; R. Stein (Hrsg.), Die anderen Städte. IBA Stadtumbau 2010 – The other Cities, Bd. 4: Profilierung von Städten – Urban Distinctiveness. Berlin: Edition Bauhaus, Bd. Nr. 22, 2006, S. 160-169.

FRANZ, P.: Regionalpolitische Optionen für schrumpfende Städte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/2005, S. 10-16.